

Caritas zur Migrationsarmut in Europa

Migrationsarmut ist ein mehrschichtiges, Länder übergreifendes Phänomen, das vor allem die Problembereiche Beschäftigung, Wohnungssuche, Bildung, Gesundheit und Teilnahme am öffentlichen Leben betrifft, informiert der dritte Bericht über Armut und Migrationsproblematik der Caritas Europa. Der Präsident des Luxemburger Verbandes, Erny Gillen, sprach sich für eine Entkrampfung zum Thema Migrationsdiskussionen hierzulande aus. Es sollte weniger in die "Festung Luxemburg", dafür aber um so mehr in Migrationssteuerung und Integration investiert werden. Zuwanderungskräfte werden benötigt, aber leider werden MigrantInnen nicht selten Opfer sozialer und wirtschaftlicher Ausbeutung, weil sie in kein schützendes Rechtssystem eingebunden sind. Schulische Abschlüsse werden oft nicht anerkannt und EinwanderInnen müssen deshalb kosten- und zeitaufwändige Studiengänge wiederholen. "Im außereuropäischen Bereich haben sich die Schwierigkeiten gesteigert in den EU-Bereich zu gelangen", unterstreicht Andrij Waskowycz, Präsident der sozialpolitischen Kommission von Caritas Europa. So drängen finanzielle Notstände während der Transitphase die Betroffenen häufig in bedenkliche, menschenunwürdige Situationen.

Der Direktor soll's richten

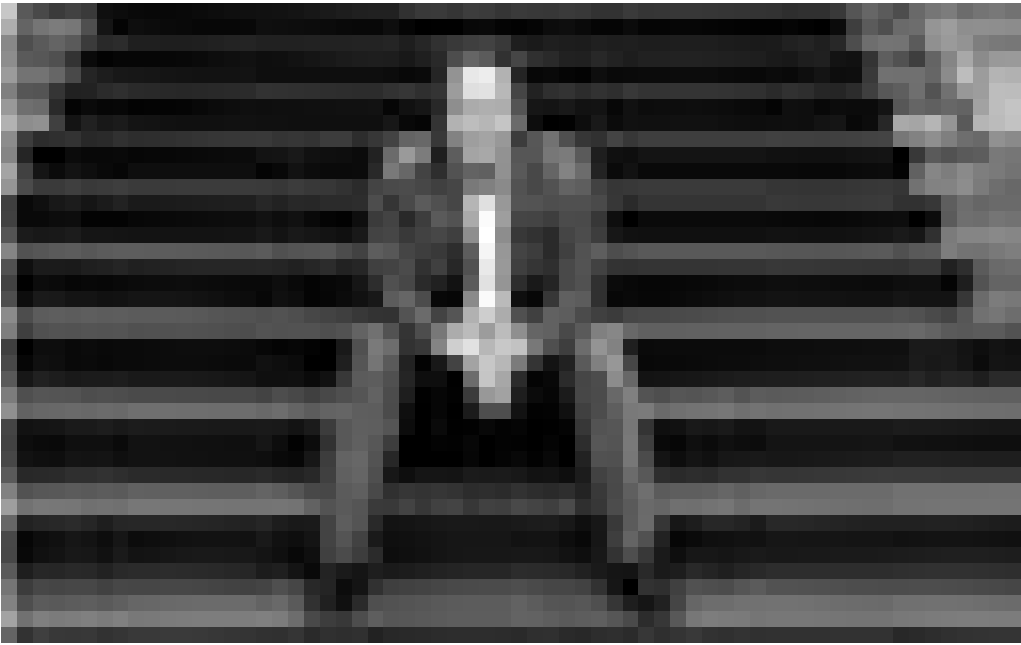
Für das Prinzip der Cogestion sprach sich Ende vergangener Woche das Comité de Cogestion des Lehrpersonals der Stadt Luxemburg aus. Das Primärschulgesetz von 1912 müsse dahingehend reformiert werden, dass die Kompetenzen der Comités genau definiert werden. Diese Reform wird derzeit in der parlamentarischen Spezialkommission über Territorialreformen diskutiert - und zwar eher kontrovers: Die beiden Koalitionspartner LSAP und CSV sind uneins über das neue Schulmodell. Dem von Erziehungsministerin Mady Delvaux vorgelegten Avant-Projet stellte die CSV in der Kommission ein Modell entgegen, in dem sich die Partei für eine klare Hierarchisierung unter Einschränkung der kommunalen Kompetenzen ausspricht: Künftig solle der Staat für die Nominierung des Schulpersonals zuständig sein. Des weiteren will die CSV einen Schuldirektor einführen, der dann teilweise die Rolle des Comité de Cogestion übernehmen soll. Bei Personalfragen soll die Gemeinde mitreden dürfen, findet dagegen die LSAP. Der Einführung eines Schuldirektors könne man zwar bedingt zustimmen, allerdings mache es wenig Sinn, gut funktionierende bestehende Strukturen wie das Comité de Cogestion abzuschaffen oder in ihren Kompetenzen zurückzustufen.

Petits musées dans la Grande Région

La Grande Région est devenue plus petite, du moins virtuellement et au niveau de la culture. Comme le précisait le chef du projet Remus Marc Clement lors d'une conférence de presse tenue cette semaine dans la symbolique ville de Schengen: "Après les contacts politiques et économiques, il était temps qu'au niveau culturel aussi les choses bougent et que les gens se rapprochent." Remus qui veut dire "Régions et Musées" ou en allemand "Regionen und Museen" est un portail internet (www.remus.museum.de) bilingue qui regroupe - ou en a l'ambition - tous les musées de la Grande Région. Deux ans de préparation ont été nécessaires pour la collecte des informations. Aujourd'hui la presque totalité des musées sont fichés, avec des photos, des contacts, des descriptifs d'expositions permanentes ou temporaires. L'utilisateur peut employer une recherche thématique, géographique ou scientifique. Quant aux professionnels ils ont un espace Remus pro où ils peuvent mettre à jour les informations concernant leurs institutions ou envisager des collaborations ou le partage de collections. En ce sens, Remus est un outil durable, susceptible de s'enrichir au cours des années et surtout de poursuivre l'oeuvre de l'année culturelle 2007, celle-ci une fois terminée.

Zweckentfremdung von Wohnraum, Preisdruck, Abwanderung ins Umland - die Stadt Luxemburg ist von der Wohnproblematik besonders betroffen. Die woxx unterhielt sich mit dem Sozialschöffen Xavier Bettel (DP) über die hauptstädtische Wohnungspolitik.

(Foto: Christian Mosar)



INTERVIEW

"Wir müssen und werden handeln"

woxx: Wieso wurde bei der Aufteilung der Ressorts im Schöfferrat ein so wichtiges Dossier wie die Wohnungspolitik einem Anfänger überlassen?

Xavier Bettel: Für mich ist das eine Herausforderung. Ich hatte aber ehrlich gesagt nicht gedacht, dass die Mission derart schwierig sein würde. In diesem Schöfferrat wurde das neue Ressort der Sozialpolitik geschaffen, das die Jugend, das dritte Alter, die Ausländer, die Sozialfälle und die Wohnungspolitik umfasst. Für junge Leute ist es momentan in der Stadt wirklich nicht einfach, eine Wohnung zu finden. Entweder man hat in der Stadt die gute Oma oder Eltern mit Geld, oder man muss sich für die nächsten dreißig oder vierzig Jahre verschulden.

Laut Schöfferratserklärung wollen Sie besonders im Bereich der Sozialwohnungen aktiv werden.

Um ganz unten anzufangen: In der "Éiterter Millen" im Pfaffenthal werden Wohnungen bereitgestellt für Leute, die derzeit im Foyer Openthalt in Bonneveg eine Notunterkunft finden. Daneben sind wir in Gesprächen mit dem Familienministerium, um ein Haus einzurichten für junge Ausreißer. Was die Ex-Junkies betrifft, werden wir den finanziellen Beitrag der Stadt für das Wohnungsprojekt "Les niches" von der "Jugend- an Drogenhölle" substanziell anheben. In punkto Sozialwohnungen wird jetzt zum Beispiel in Weimerskirch ein neues Gebäude errichtet mit 18 Wohnungen. Wir arbeiten auch sehr viel mit der "Société nationale des habitations à bon marché" (SNCB) zusammen, wie etwa im Bahnhofsviertel am Ort, wo die alte Molkerei stand. Schließlich wollen wir zusammen mit der Bautenschöffin ein großes Projekt starten, um eine Bestandsaufnahme unserer Bauterrains durchzuführen.

Reagieren Sie damit auf die rezenten Aussagen der Regierung, die eine aktivere Grundstückspolitik von Staat und Gemeinden ankündigt?

Wir haben das bereits vor der Ankündigung der Regierung an-

visiert. Herr Boden hat schon viel angekündigt. Zum Beispiel hat er vor vier oder fünf Jahren angekündigt, dass der Staat seine Grundstücke auf den Markt bringen würde. Darauf warte ich heute noch.

Die DP ist schon einige Jahrzehnte am Ruder. Weshalb kommt das Engagement für eine aktivere Bodenpolitik jetzt erst?

Ich kenne die Diskussionen von früher nicht. Es wurden bereits Grundstücke gekauft, aber hauptsächlich um größere Bauprojekte umzusetzen, die schlussendlich nicht gebaut wurden. So sind Baulücken entstanden. Diese Grundstücke sollten wir auf den Markt werfen. Herr Boden ist jetzt seit Jahrzehnten Wohnungsbauminister, und Herr Juncker hat vor sieben Jahren angekündigt, es werde etwas im Bereich der Wohnungspolitik geschehen. Doch es ist überhaupt nichts passiert.

In Sachen Baulandpolitik müssen Sie doch nicht auf ein Gesetz warten.

Wir sind froh wenn der Staat uns hilft, wenn er uns als Gemeinde etwa ein Vorkaufsrecht beim Kauf von Immobilien gibt, wenn er eine Steuer einführt auf ungenutztem Terrains.

Einerseits wird gesagt: Wir brauchen Wohnungen im Stadtkern. Andererseits wird eine Nightlife-Politik betrieben, die für andauernde Konflikte zwischen den Parteien sorgt.

Das Problem besteht in Luxemburg darin, dass während zu langer Zeit Kneipen zugelassen wurden nach dem Motto: Eine Zapfanlage, eine Kasse, Musik a gogo, und dann noch die Fenster auf, wenn es zu heiß ist. In Hauptstädten wie Brüssel oder Paris kann man vor einer Disco

stehen, ohne es überhaupt zu merken. Es muss eben strengere Kriterien geben, was die Schalldämpfung betrifft, zum Beispiel wenn es um die Genehmigung für verlängerte Öffnungszeiten geht. Nachtleben und Wohnungen müssen sich nicht widersprechen.

Obwohl die ehemalige Bürgermeisterin das lange Zeit abgestritten hat, gab es in den vergangenen Jahren eine starke Abwanderung aus der Stadt.

Bei Wohnraum, der durch Büros zweckentfremdet oder gar nicht besetzt wird, müssen wir handeln. Und Bürgermeister Helmingier will handeln. Eine ganze Reihe von Betrieben haben vor kurzem Briefe bekommen, dass sie nicht mehr in solchen Räumen bleiben können. Übrigens auch Anwaltsbüros. Jedes neue Immobilienprojekt im Stadtzentrum wird jetzt unter die Lupe genommen. Beispiel Maison Lassner, in dem sich jetzt eine Bank niederlassen soll: Ich möchte, dass dort mindestens ein Viertel der Fläche für Wohnungen reserviert wird. Bei den Ladengebäuden gibt es meist gar keinen getrennten Zugang mehr zu den oberen Etagen. Da ist ein Fehler passiert. Hier müsste bei jedem Umbau ein separater Eingang zur Bedingung für eine Baugenehmigung werden, damit der Wohnraum wieder genutzt werden kann.

Weshalb hat die Gemeinde in der Vergangenheit nicht gezielter versucht, dem entgegenzuwirken?

Mir wurde gesagt, dass das Arsenal an juristischen Möglichkeiten nicht ausreichend sei. Wir bräuchten eine gesetzlich festgelegte Strafsteuer, um Zweckentfremdung zu verhindern.

Der Gemeinde obliegt es aber immer noch, zu kontrollieren.

Der vorliegende Gesetzesvorschlag zur Reform des Mietgesetzes sieht ein "carnet des immeubles" vor, ein nationales Register zum Wohnungsbestand, das von den Gemeinden aufgestellt werden soll. Auf dieser Basis sollen dann Sanktionen bei leerstehendem Wohnraum eingeführt werden. Es wird aber nicht gesagt, wie die Gemeinden diese Arbeit leisten sollen. Wir können nur über die Rechnungen für Strom, Gas und Wasser feststellen, ob die Leute den Wohnraum noch nutzen. Es gibt Leute, die hier in Luxemburg angemeldet sind, zum Beispiel aus steuerlichen Ursachen, die bringen es sogar fertig, den Strom täglich an- und auszuschalten.

Das klingt, als ob der Dialog mit dem Wohnungsbau-minister schwierig werden könnte.

Wir wollen eine Unterredung mit dem Ministerium, um abzuklären, wie wir zusammenarbeiten können. Es wäre nicht sinnvoll, wenn in der Wohnungspolitik die Konkurrenz spielen würde, und jeder nur danach schaut, ob sein Immobilienpark der größte ist. Anschließend werden wir noch vor den Sommerferien eine Pressekonferenz abhalten, um unser Konzept des Erbpachtvertrags zu erklären. Dabei wollen wir auch Kriterien aufstellen, wem wir diese Grundstücke verkaufen: es soll nicht derjenige sein, den wir am besten kennen. In der Stadt Luxemburg wohnen, in der Stadt arbeiten, Kinder haben, könnten solche Kriterien sein.

Der Vorwurf, dass im sozialen Bereich und auch in der Wohnungspolitik die Partei-karte eine Rolle spielt, wurde der DP schon öfters gemacht.

Ich verhehle nicht, dass ich intern in der Partei Probleme habe mit Leuten aus bestimmten Vierteln der Stadt, die mir sagen, das sei immer so gewesen. Bei mir läuft das nicht so. In der Wohnungspolitik kommen vor allem zwei Vorwürfe. Der erste ist ein populistischer: dass man zuviel für die Ausländer macht und nicht genug für die Luxemburger. Und der zweite, nicht genug für "unsere Leute" zu machen. Für mich sind "unsere Leute" alle die, die sich hier in der Stadt wohl fühlen und sich für die Entwicklung dieser Stadt einsetzen.

Interview: Renée Wagener

Zur Person
Der Rechtsanwalt Xavier Bettel, 33 Jahre alt, gehört der hauptstädtischen Sektion der Demokratischen Partei an. Abgeordneter seit 1999, wurde er nach den Gemeindewahlen von September 2005 Mitglied im neuen liberal-grünen Schöfferrat. Dort betreut er seitdem das Ressort Sozialpolitik, zu der auch das Wohnungswesen gehört.